

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
— Erscheint wöchentlich
— Preis 10 Pf. —

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
— Erscheint wöchentlich
— Preis 10 Pf. —

Telegraphische Anzeiger des Erzgebirges.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 1111 Leipzig Nr. 1925

Nr. 42

Donnerstag, den 19. Februar 1925

20. Jahrgang

Deutsch-rumänischer Konflikt.

Die Repressalien Rumäniens.

Bukarest, 17. Febr. Wie aus Budapest gemeldet wird, hat der Beschluss des rumänischen Kabinetts, Deutschland den Zollkrieg zu erklären und die deutschen Waren mit dem höchsten Zoll zu belegen, vom König gutgeheißen worden. Das rumänische Innenministerium ist angewiesen, eine genaue Liste der in Rumänien befindlichen deutschen Unternehmungen und der dort ansässigen Vertretungen deutscher Kaufleute anzufertigen, wobei besonders angeführt werden soll, ob der betreffende Vertreter selbst rumänischer oder deutscher Staatsbürger ist. Es scheint, daß bereits rigorose Maßnahmen gegen deutsche Staatsbürger getroffen worden sind, da an der ungarischen Grenze eine große Anzahl deutscher Geschäftsleute eintraf, die angaben, daß sie von den rumänischen Behörden einen Ausweisungsbefehl erhalten haben, in dem es heißt, daß sie das Land binnen 24 Stunden verlassen müssen und nur das allernotwendigste mitnehmen dürfen.

Behörde des rumänischen Außenministers.

Bukarest, 17. Febr. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Bukarest: Die Rede des Außenministers im Kammerauschuß enthält schwere Angriffe auf Deutschland. Die Schuld der Kriegsanstiftung wird in Deutschland fort, und ohne Zwangsmaßnahmen sei von Deutschland nichts zu erwarten. Er sei aber entschlossen, Deutschland zur Vertragverletzung zu zwingen. In einer sehr ersten Vorstellung in Berlin müsse Deutschland auf die Folgen des passiven Widerstandes hingewiesen werden, den es gegen Rumänien inszeniere.

Neue Repressalien Rumäniens gegen Deutschlands.

Wien, 18. Februar. Der Bukarester „Abwehr“ veröffentlicht in seiner heutigen Nummer eine Verordnung des rumänischen Finanzministers, in der alle Behörden aufgefordert werden, ihre geschäftlichen Beziehungen und Verhandlungen mit deutschen Staatsbehörden oder Vertretern des deutschen Staates abzubrechen. Die Schiffe, die rumänisches Öl nach Deutschland bringen sollten, sind zurückgerufen worden. In Bukarest politischen Kreisen verlautet, die rumänische Regierung habe den deutschen Gesandten verständigt, daß sie, sobald die deutsche Antwortnote nicht zufriedenstellend sei, das Vermögen der Deutschen in Rumänien konfiszieren werde, und daß der Anteil deutscher Staatsbürger an rumänischen Unternehmungen zugunsten des rumänischen Staates beschlagnahmt werden würde. Die „Zeit“ bemerkt zu dem deutsch-rumänischen Konflikt: In den Darlegungen, die Reichsminister Dr. Stresemann vor dem auswärtigen Ausschuß des Reichstages gemacht hat, geht klar hervor, daß der rumänischen Regierung jede Grundlage für ihre vom Ministerpräsidenten Brătianu angeforderten Repressalien fehlt. Diese Repressalien, die sich gegen deutsches Eigentum in Rumänien richten, sind, da sie im Friedenszustande vorgenommen werden sollen, völkerrechtlich nicht zu vertreten und müßten ernste Konsequenzen nach sich ziehen.

Ein Protest gegen die rumänischen Willkürmaßnahmen.

Als Protest gegen die Willkürmaßnahmen der rumänischen Regierung wurde an der heutigen Berliner Börse keine Notierung von Auszahlung Bukarest und von rumänischen Noten vorgenommen.

Das neue preußische Kabinett.

Berlin, 17. Febr. Ministerpräsident Marx hat heute vormittag dem Präsidenten des preußischen Landtages Bartels persönlich mitgeteilt, daß er die Wahl zum preußischen Ministerpräsidenten annehme. Folgende Ministerliste wird genannt:

Ministerpräsident: Marx (Str.). Innenminister: Seebing (Gos.). (Bau-) Minister: Dr. Schreiber (Dem.). Handelsminister: Dr. Schreiber (Dem.). Landwirtschaftsminister: Dr. Steiger (Zentr.). Kultusminister: Dr. Beder (Bau-) Minister, Justizminister: Am Rehnhoff (Zentr.), Wahlrechtsminister: Dietrich (Zentr.).

Der bisherige Ministerpräsident Braun wird sich morgen vormittag von den Beamten des Staatsministeriums verabschieden und den neuen Ministerpräsidenten Marx vorstellen, der damit formell die Regierungsgeschäfte übernimmt. Mittwoch nachmittag wird Ministerpräsident Marx im preußischen Landtage die Regierungserklärung abgeben.

Ohne Zustimmung kein Eintritt in den Völkerverbund.

Der Berliner Korrespondent der „Evening Times“ telegraphisch seinem Blatte, der Außenminister Dr. Stresemann habe am Sonnabend in Gesprächen mit ausländischen Journalisten und zu Parlamentariern erklärt, daß für ihn weder ein Garantiepakt noch ein Aufnahmegeruch in den Völkerverbund in Frage komme, solange kein entgegen dem Verfall der Vertrag besteht bleibt.

Tscheka-Prozeß und Kommunistentaktik.

Berlin, 17. Febr. Im weiteren Verlauf der heutigen Vernehmung des Angeklagten Neumann protestieren die Rechtsanwälte Dr. Grenzel und Dr. Wolff gegen das Verhalten des Vorsitzenden, der nach ihrer Behauptung dem Angeklagten Neumann wiederholt die Antwort in den Mund gelegt habe. Schon die wiederholte Bezeichnung des Angeklagten Neumann als Zeuge illustrierte die Tatsache, daß man Neumann hier als Kronzeuge betrachte. Bei dieser Auseinandersetzung, bei der sich Rechtsanwalt Dr. Neumann durchsetzte auf die Seite des Vorsitzenden stellt, kommt es zu scharfen Zusammenstößen. Rechtsanwalt Dr. Wolff beantragt einen Gerichtsbescheid, der dahin geht, daß das Verhalten des Vorsitzenden durchaus einwandfrei und berechtigt gewesen sei.

Zur Verlesung kommen dann die Richtlinien der RPD, über die illegale Parteilinie. Darin wird den Funktionären streng verboten, irgendwelche Schriftstücke über die Parteilinie in der Tasche zu tragen. — Angeklagter Neumann erklärt auf Befragen, ihm sei dieses von der Polizei in einem anderen Falle beschlagnahmte Schriftstück nicht bekannt. Neumann schildert dann das Vorgehen im Fall Schlotter in folgender Weise: Von Diener war uns berichtet worden, daß die Stammsache des Kriminaloberwachtmeisters Schlotter ein Dolal „Arche Noah“ war. König, Margies, Pooge und ich hielten uns in einem in der Nähe gelegenen Dolal „Schwarzwaldbühl“ auf. Ein von König bestellter Vertrauensmann sollte uns davon unterrichten, ob Schlotter in der „Arche Noah“ wäre. Wenn das der Fall war, dann sollten König und Pooge den Schlotter beim Verlassen des Dolals erledigen. Margies empfahl, Schlotter mit Totschüßler und Rasiermesser zu erledigen, und ich überließ König und Pooge die Art der Tötung. Margies sollte wieder an einem bestimmten Ort auf uns warten. Er war aber von unserem Plane nicht unterrichtet. Die Ausführung des Planes gegen Schlotter unterblieb, weil Schlotter an dem fraglichen Abend nicht in der „Arche Noah“ war.

Der Angeklagte äußerte sich sodann auf Befragen des Vorsitzenden über die Partisanabteilungen, die die Aufgabe hatten, bei Unruhen Sprengungen u. dergl. vorzunehmen und in ländlichen Gegenden eine Art Guerillakrieg zu führen. Der Leiter der Partisanabteilungen sei ein Russe mit dem Decknamen Andre gewesen. Für Korbst war der Leiter ein gewisser Stromulat mit dem Decknamen Reimann, für den Südwesten der bekanntes Boguslaw Rechtsanwalt Dr. Grenzel protestiert gegen die Fragestellung der Staatsanwaltschaft in diesem Falle. Neumann sei hier soeben nicht als Angeklagter, sondern lediglich als Zeuge für die Fälle Andre und Boguslaw vernommen worden, die mit dem Gegenstand der Anklage nicht das mindeste zu tun hätten. — Rechtsanwalt Dr. Neumann und Vorsitzender Senatpräsident Riedner betonten, die Fragen seien durchaus zulässig gewesen und hätten sich nur auf das Wesen der Partisanabteilung bezogen.

Die weiteren Verhandlungen verliefen sich in uninteressanten Einzelheiten. Nächste Sitzung Mittwoch.

Tscheka-Mordpläne in Mecklenburg.

Berlin, 17. Febr. Im Stralicer Landtag kamen die Vorgänge zur Sprache, die zur Verhaftung der beiden kommunistischen Landtagsabgeordneten, des Arbeiters Erich Schmidt und des Musikers Röh, geführt haben. Der dritte Mordpläne, Viktor Peters, hat die Flucht ergriffen. Diese drei Abgeordneten sind die der Tscheka angehörenden Hauptmordpläne, die in Mecklenburg einen blutigen Aufstand vorbereiteten, der aber rechtzeitig entdeckt wurde. Der mecklenburgische Minister Schwabe gab im Landtage Mitteilungen aus der Anklageschrift bekannt, die das Entstehen aller Landtagsmitglieder hervorriefen. Die verbrecherischen Pläne der Tscheka hgm. des „Dreierbünd“ und „Giedenerbünd“, wie sie sich in Mecklenburg nennt, gingen, wie aufgefundenen Papiere beweisen, dahin, alle Minister und zahlreiche Privatpersonen zu ermorden. Es sollte ein Aufstand nach russischem Vorbild herbeigeführt werden, bei dem weder Frauen noch Greise und Kinder geschont werden sollten. Durch unmenesliche Mittel sollte ein Teil der Bevölkerung ausgerottet werden, denn sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Marx ist die Bunge abgebrochen und die Finger abgehaut worden.

Die kommunistische Fraktion bemüht sich, die Freilassung der festgenommenen Genossen unter Hinweis auf ihre Immunität zu bewirken; demgegenüber erklärte aber auch die sozialdemokratische Fraktion, daß sie nicht daran denke, Verbrechen durch Immunität zu deden. Die

verhafteten Mordpläne werden von dem Ministerpräsidenten abgeurteilt werden.

Das Urteil im Auer-Prozeß.

München, 17. Februar. In dem Verleumdungsprozeß des Abgeordneten Erhard Auer gegen die kommunistischen Redakteure Winter, Kämpfer und Langmeier kam heute das Amtsgericht München zur Urteilsfällung. Es wurde verurteilt die beiden Verleugten Winter und Kämpfer zu je 5000 Mark Geldstrafe oder ersatzweise 60 Tage Gefängnis, Langmeier zu 4000 Mark Geldstrafe bzw. 40 Tage Gefängnis. Auer wird von der Widerklage freigesprochen. Dem Kläger steht das Publikationsrecht in der „Münchener Post“ und in der „Bayerischen Staatszeitung“ zu und die Verleumdung der von den Verleugten verfassten Broschüre.

In der Begründung zum Urteil in dem Verleumdungsprozeß Auer wird ausgeführt: Von der Verhängung einer Freiheitsstrafe habe das Gericht deshalb abgesehen, weil die Verleugten eine politische Anschauung vertreten, die der Privatklagers entgegensteht. Aber auch im politischen Kampfe gebe es Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Daher sei eine empfindliche Strafe am Platze gewesen.

Eisenbahnfragen im Reichstag.

Berlin, 17. Febr. Die zweite Lesung des Reichshaushaltplanes wird fortgesetzt beim Reichsverkehrsministerium.

Der Ausschuß fordert u. a. den Entwurf eines Reichswasserstraßengesetzes, ferner ersucht er die Reichsregierung, der Entwicklung des Kraftverkehrs wesen besondere Beachtung zu schenken und jedem Versuch der Reichsbahn, diese Entwicklung im Interesse der Ausnutzung des Eisenbahnmonopols zu hindern, entschieden entgegenzutreten. Weiter sollen die Bahnhofs- und Handlungen von Schand- und Schmutzschriften gesteuert werden.

Abg. Schumann (Gos.) begrüßt die vom Reichsverkehrsministerium in Aussicht gestellte Großzügigkeit in der Gestaltung unserer Verkehrsweisen. Dem Luftverkehr müsse jede Förderung zuteil werden. Der Redner behandelt dann die Arbeitsverhältnisse bei der Reichsbahn, die leider kein Musterbetrieb sei.

Abg. Koch-Düsseldorf (Zn.) hat lebhaftes Bedenken, ob das neue internationale Regime bei der Reichsbahn genügend berücksichtigt werde. Der Reichstag müsse aufs schärfste gegen die Geschäftspolitik der Reichsbahngesellschaft an ihre Leitenden Beamten protestieren. Auch die Entschädigung der Ausschreitungsmitglieder sei sehr hoch.

Abg. Groß (Str.) begrüßt die durch den Staatsvertrag auf dem Gebiete der Wasserstraßen erzielte größere Einheitlichkeit, halte aber eine gewisse Selbständigkeit der Einzelstaaten, besonders bei der Ausnutzung der Wasserstraßen für notwendig. Besonders wichtig sei der Ausbau der sächsischen Wasserstraßen, da die Industrie in Sächsischland mit der Heranschaffung von Rohstoffen große Schwierigkeiten hat.

Abg. Dr. Gildemeister (D. Sp.) stellt als einmütige Meinung des Reichstages fest, daß das Verkehrsministerium erhalten werden müsse. Der Reichstag hat die Bedeutung des Verkehrswesens auch dadurch anerkannt, daß er einen besonderen Verkehrsausschuß geschaffen hat. Die Befugnisse der Reichsbahngesellschaft seien scharf abgegrenzt und dürfen nicht erweitert werden, z. B. durch Angliederung des Kraftfahrwesens. Eine Monopolisierung des Verkehrswesens durch die Reichsbahn sei nicht zulässig. Der Redner regt an, den Kraftwagenverkehr auf dem Lande zu erweitern. Die Tarifpolitik müsse sich nach den Bedürfnissen der Volkswirtschaft richten. Der ungebührlichen Erhöhung der Beamtengehälter bei der Reichsbahn wolle die Reichsregierung nicht ohne Widerspruch zusehen, weil dadurch die gleichstehenden Beamten der anderen Verwaltungen herabgesetzt werden. (Zustimmung.) Deutschland müsse in den Weltverkehr wieder eingeschaltet werden. Die große und lohnende Aufgabe des Verkehrsministers sei es, jede Verkehrsmöglichkeit herauszuholen.

Abg. Schäff (Kom.) kritisiert scharf die hohen Gehälter der höheren Eisenbahnbeamten. Es sei unerhört, daß der Generaldirektor Defer nahezu 100 000 Mark erhalte und sein Staatssekretär 43 000 Mark.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch nachm. 2 Uhr. — Schluß 6 1/2.

Der deutsche Botschafter bei Serbien.

Paris, 17. Februar. Der deutsche Botschafter von Hoesch wurde heute nachmittag vom Ministerpräsidenten empfangen. Er sprach ihm den Dank der deutschen Regierung für die dem Reichskanzler und dem auswärtigen Amt übermittelte Verleumdung der französischen Regierung anlässlich des Dortmund-Gründungsplans an.